

Honduras: Queers klagen gegen konservative Ehe-Definition

Das Parlament hat im Januar die Ehe-Definition noch stärker in der Verfassung des Landes verankert, um gleichgeschlechtliche Ehen auf lange Sicht zu verunmöglichen. Um diesen Schritt wieder rückgängig zu machen, haben LGBTI+ Aktivistinnen nun eine Klage dagegen beim Gericht eingereicht.

Sowohl das Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe, wie auch der Abtreibungen waren in Honduras bereits per Verfassung verboten worden. Doch dies war dem Parlament noch nicht gut genug und deshalb stimmten die Abgeordneten im Januar einer zusätzlichen Verschärfung zu. So stimmte der Kongress für eine Ergänzung der Verfassung, wodurch künftig eine Dreiviertel-Mehrheit nötig ist, um diese gesellschaftspolitischen Anliegen zu ändern, statt wie zuvor eine Zweidrittel-Mehrheit. Damit wird es praktisch verunmöglicht, dass diese beiden Anliegen auf politischem Weg jeweils wieder rückgängig gemacht werden können.



LGBTI+ Aktivist*innen haben nun aber eine Klage bei Gericht deponiert, damit diese neue Ergänzung geprüft werden soll. So heisst es von der Organisation Las Cattrachas, dass diese Änderung gegen eine ganze Reihe an Rechten und Werte verstosse, welche in der Verfassung und in internationalen Abkommen verankert sind, so etwa in Bezug auf die Menschenwürde, die Gleichstellung und die Freiheiten. Auch während der Debatte sei es zu Rechtsverletzungen gekommen. So sei das Verfahren abgekürzt worden, indem man die zwingende Debatte im Kongress nicht geführt habe, obwohl diese vorgeschrieben sei, um eine Verfassungsänderung zu vollziehen.

In Bezug auf LGBTI+ Feindlichkeiten gehört Honduras zu den gefährlichsten Ländern dieser Welt. So wurden in diesem knapp 10 Millionen Einwohner zählenden Land in Mittelamerika seit 2009 mehr als 300 Morde an queeren Menschen gezählt, wie Las Cattrachas meldet. Mit dieser Verfassungsänderung werden LGBTI+ weiter stigmatisiert was noch mehr Gewalt und Diskriminierung mit sich bringen könnte.